Protokoll

zur 7. Sitzung in der II. Wahlperiode
des Ausschusses für
Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen
der BVV Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am Mittwoch, dem 18.09.2002, 16:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Marion Berning	CDU
Andrea Brieger	CDU
Norbert Kopp	CDU
Oliver Rolle	CDU
Irene Köhne	SPD
Renate Krohm	SPD
Karin Lau	SPD
Clauduia Röttger	SPD
Kay Heinz Ehrhardt	FDP
Dr. Heinrich von Hirschhausen	FDP
Irmgard Franke-Dressler	GRÜNE
Wolfgang Patrunke	fraktionslos
Ralf Fröhlich, BD	CDU
Lintrun Weber-Freudenberger, Stellv. BD	SPD
Andreas Schulz, Stellv. BD	FDP
Thomas Häusling, BD	GRÜNE

Vom Amt: BiKuSpoBüD Dez Hr. Schrader
MS 1 Herr Gleich
BVV 1 Dr. Konrad, Protokollführung

Vor Eintritt in die Tagesordnung verteilt BiKuSpoBüD Dez Hr. Schrader eine Informationsschrift zum „Haus der Musikschule – Grabertstraße 4“, und MS 1 Hr . Gleich erläutert bei einem Rundgang durch die Leo-Borchardt- Musikschule Arbeit und Aufgaben der Einrichtung.

zu TOP 1 **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es sind keine Bürger erschienen.

zu TOP 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt akzeptiert. Der Ausschuss stimmt der Bitte zu, bei TOP 7.2. dem anwesenden Bürger, Herrn Pfarrer Pekiewicz, Rederecht zu erteilen.

zu TOP 3 **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.08.2002**

Es liegt noch kein Protokoll vor.

zu TOP 4 **Mitteilungen und Termine**

Es liegt nichts vor.

zu TOP 5 **Bericht aus dem Bezirksamt**

BzStR Schrader berichtet über

1. die Schwerpunktsetzung im baulichen Unterhalt der Schulen im Jahre 2003
2. den Stand des Schulentwicklungsplanes
3. die für Ende 2002/Anfang 2003 vorgesehene Öffnung eines Bürgerbüros im Rathaus Zehlendorf und im Zusammenhang damit über den Fortgang der Planung für das Projekt eines Call-Centers
4. eine Pressekonferenz der Dozenten der Musikschule zur Vertretung ihrer Anliegen angesichts der Sparmaßnahmen des Senats.

BzStR Schrader beantwortet Fragen

1. des fraktionslosen BV‘en Patrunke hinsichtlich der Entscheidung zum Bau der Kopernikusschule am Ostpreußendamm, die laut Aussage des Investors Ende 2003 eröffnet werden könnte
2. der CDU-Fraktion zu Berichten, dass Schüler aufgefordert worden sein sollen, ihr eigenes Toilettenpapier in die Schule mitzubringen
3. der CDU-Fraktion über die seitens des Senats noch ausstehende Regelung über die Zuweisung von Mitteln für den Bereich ‚Lehrmittel‘
4. der CDU-Fraktion zu Zuschüssen für das Jugendorchester und ‚Jugend musiziert‘
5. der SPD-Fraktion zu Honorarsituation der Musikschullehrer.

zu TOP 6 **Vorstellung des Programms der Musikschule und Bericht über die derzeitige Situation**

MS 1 Hr. Gleich berichtet über

- die allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft der Musikschule angesichts der sog. „Giftliste“ des Finanzsenators und der in den Medien kursierenden Gerüchte, dass alle freiwilligen Leistungen der Ämter, wie z.B. die der Musikschulen und der Volkshochschulen, outgesourct werden sollen
- die Verunsicherung in der Lehrerschaft der Musikschule durch die geplante Schließung der Musikschule Hellersdorf-Mahrzahn sowie die großen Einsparungen in der Musikschule Reinickendorf, die stark in die personelle und finanzielle Substanz der Einrichtung eingreifen
- die Auswirkung der Haushaltssperren auf die Arbeit der Musikschule
- die Konkurrenz und Stärkung der Position der privaten Musikschulen durch die 15-prozentigen Einsparungen bei den Honorarmitteln in den öffentlichen Musikschulen

- die Auswirkung der 60-prozentigen Kürzung im Sachmittelbereich innerhalb des letzten Jahrzehnts, die nur noch die Erfüllung von Pflichtaufgaben, jedoch kaum dezentrale Kulturarbeit oder die Durchführung von Veranstaltungen mehr zulässt
- Erfolge und neue Angebote der Musikschule (der Schnupperkurs ‘Instrumentenkarussell‘, ‘Jugend musiziert‘, die ‘Klangmeile‘ auf der Schloßstraße, das Projekt ‘Sonne, Sterne, Mond und Co.‘)
- Perspektiven der Musikschule, die sich zum einen schon auf den Erhalt des Status Quo beschränken, während zum anderen ein fundiertes Qualitätsmanagement angestrebt wird. Geplant sind außerdem ein gemeinsames Projekt des Jugendorchesters mit den Berliner Philharmonikern im Kammermusiksaal der Philharmonie 2003 sowie eine Ausstellung über den Namensgeber der Musikschule, Leo Borchardt.

In der anschließenden Diskussion stellt die Fraktion der CDU fest, dass trotz aller unvermeidlichen Sparmaßnahmen auf keinen Fall im Bereich ‚Musikalische Früherziehung‘ gespart werden soll, da man so u.a. dem unter Schülern existierenden Gewaltpotential entgegenwirken kann. Auf entsprechende Fragen der CDU-Fraktion erklärt MS 1 Hr. Gleich, die Schulen des Bezirks könnten ihren Musikunterricht noch selbst durchführen, so dass die Musikschule hier nicht einspringen müsse. Beim Entgelt liege die Musikschule im Berliner Vergleich im unteren Drittel.

Auf entsprechende Fragen der Fraktion GRÜNE erklärt MS 1 Hr. Gleich, dass Sponsoren – z.B. Anzeigenkunden – nicht mehr so leicht zu finden seien wie noch vor fünf Jahren, wobei diese ebenfalls auf die allgemeine schlechte Finanzlage verweisen. Das erwähnte Qualitätsmanagement samt Zertifizierung sei so anspruchsvoll, dass es andernorts erst das Ergebnis eines jahrelangen Entwicklungsprozesses durch Spezialisten bildete. Es noch einmal für den Bezirk entwickeln zu wollen, sei daher wenig sinnvoll und kaum zu finanzieren.

zu TOP 7.1 **Grundstück Grabertstraße – Drs. Nr. 25/II (neu)**

Auf die vor Eintritt in die Tagesordnung verteilte Informationsschrift verweisend, erklärt BzStR Schrader, aufgrund der ungünstigen Zahlen für den sehr teuren Standort Grabertstraße müsse genau geprüft werden, ob dieser gehalten werden kann. In einem Interessenbekundungsverfahren solle geprüft werden, ob es mögliche Partner für die Nutzung gibt. Da andererseits die Arbeit der Musikschule nicht vom Standort abhängig ist, könnte diese auch andernorts, z.B. an Schulen, fortgesetzt werden.

Dem Ausschuss liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zur Drs. Nr. 25/II (neu) vor. Der Ausschuss erörtert und lehnt den Antrag der Fraktion GRÜNE ab, in diesem Änderungsantrag als konkrete Zielvorgabe ausdrücklich die Gewährleistung des Musikschulangebots zu Kosten zu benennen, die mit denen der anderen Standorte vergleichbar sind. Im Ausschuss herrscht jedoch Übereinstimmung, dass bei einem Fortbestand

des Hauses neben der kulturellen Vielfalt auch die Arbeit der Musikschule an dieser Stelle weiter gewährleistet sein soll.

Der von den drei Fraktionen vorgelegte Änderungsantrag lautet:
„Die BVV möge beschließen:
Das Bezirksamt wird ersucht, bis Ende Juni 2003 ein Konzept mit der Zielrichtung zu erarbeiten, den Standort Grabertstraße 4 für musische und kulturelle Zwecke zu erhalten. Dabei soll insbesondere versucht werden, die Wirtschaftlichkeit für den Betrieb des Hauses zu steigern. Dies könnte durch intensivere Nutzung, Vermietung/Verpachtung und Einschaltung privater Interessen erreicht werden. Hierzu soll das Bezirksamt ein Interessenbekundungsverfahren durchführen. Das Konzept ist der BVV im Wege einer Vorlage zur Beschlussfassung zu unterbreiten."

Bei einer Abstimmung wird der Änderungsantrag mit 13 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

zu TOP 7.2 **Umbenennung der Treitschkestraße – Drs. Nr. 37/II (neu)**

Pfr. Perkiewicz, dem bei der Feststellung der Tagesordnung zu diesem Punkt Rederecht erteilt worden war *(vgl. TOP 2)*, erklärt, es gebe nach entsprechenden Umbenennungsmaßnahmen der britischen, französischen und sowjetischen Besatzungmächte nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland nur noch zwei Straßen (in der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone), die nach Treitschke benannt sind. Er verweist auf entsprechende Unterschriftenlisten von Anwohnern und Einrichtungen, die sich gegen die Beibehaltung des Straßennamens aussprechen und äußert sein Unverständnis, dass eine BVV bzw. ein Kulturausschuss die Beibehaltung des Straßennamens befürwortet. Er erklärt, dass die Möglichkeit einer Umbennung der Straße nach Bischof Scharf derzeit zwar noch eine bezirkliche Angelegenheit sei; angesichts seines bevorstehenden 100. Geburtstags werde jedoch eine breitere Öffentlichkeit erörtern, warum sich der Bezirk einer Umbenennung der Straße nach Scharf verweigert und an Treitschke festhält.
Die Fraktion GRÜNE verweist darauf, dass es in der Vergangenheit üblich war, Straßen umzubenennen, die nach fragwürdigen Personen benannt worden waren.
Die Fraktion der CDU verweist auf andere Unterschriftslisten, die sich für den Erhalt des Straßennamens aussprechen und erklärt, das umstrittene Treitschke-Zitat „Die Juden sind unser Unglück" sei aus dem Kontext gerissen und müsse zudem aus dem geistespolitischen Zusammenhang des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Diese Meinung wird durch den fraktionslosen Bezirksverordneten Patrunke unterstützt, der zudem antijüdische Zitate Martin Luthers vorträgt und erklärt, auch diese seien nur vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund des 16. Jahrhunderts zu verstehen, und niemand käme auf die Idee, deshalb heute die nach Luther benannten Straßen in Deutschland umzubenennen. Nach den Ereignissen des Dritten Reichs seien die Menschen heute jedoch weit sensibler gegenüber jedweder, auch historischer Kritik an den Juden als in früheren Zeiten.
Die Fraktion der FDP verneint die Existenz eines öffentlichen Interesses an einer Umbenennung der Treitschkestraße, zumal gleichermaßen auf

Unterschriftenlisten verwiesen werden könne, die sich dafür aussprechen, wie solche, die dagegen sind. Zwar sei es eine dauerhafte politische Aufgabe, historische Personen zu hinterfragen, hier sei jedoch kein Handlungsbedarf festzustellen.
Die Fraktion GRÜNE erklärt darauf hin, dass die Diskussion in der BVV sowie in der Öffentlichkeit fortgesetzt werde.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 8 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

zu TOP 7.3 **Nutzung von Bürgerbüros von freien Trägern – Drs. Nr. 270/II**

Die Fraktion der SPD erklärt, dass eine frühere und sehr erfolgreiche Sonderberatung im Bürgerbüro des Bezirksamts Steglitz, an der auch das Diakonische Werk teilnahm, Anlass für den Wunsch gewesen sei, diese Sonderberatung fortzuführen.
BzStR Schrader erklärt, das Amt halte diesen Vorschlag grundsätzlich für begrüßenswert, sehe jedoch versicherungstechnische und Raumprobleme. Schon vor zwei Jahren sei der Diakonie ein anderer Raum als das beengte Bürgerbüro angeboten, von dieser aber nicht angenommen worden. Zudem müsse zunächst durch das Rechtsamt geklärt werden, ob Schadensersatzforderungen bei fehlerhafter Beratung durch Dritte in den Räumen des Bezirksamts gestellt werden könnten.
Auf Vorschlag der FDP-Fraktion wird der Antrag daher zu einem entsprechenden Prüfauftrag umformuliert. Der neue Text, der von der Antrag stellenden Fraktion der SPD übernommen wird, lautet:

„Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wie freien Trägern, z.B. dem Diakonischen Werk, Gelegenheit gegeben werden kann, ihre Beratungen in den Räumen der Bürgerbüros anzubieten. Hierbei sollten auch haftungsrechtliche Fragen geklärt werden.“

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu TOP 7.4 **Initiative ‘U 18‘ – Drs. Nr. 279/II**

Die Fraktionen von SPD und CDU verweisen darauf, dass sich der Antrag mittlerweile erledigt hat. Der Ausschuss entscheidet auf Nichtbefassung und Rücküberweisung in den Jugendhilfeausschuss.

zu TOP 8 **Benennungen**

Alle Fraktionen bitten das Bezirksamt, dem Ausschuss zunächst die Vorschlagsliste mit möglichen Namen für künftig neu benennende Straßen zur Verfügung zu stellen (pro Fraktion ein Exemplar). Der Tagesordnungspunkt wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

zu TOP 9 **Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Franke-Dressler
Ausschussvorsitzende

Brieger
Schriftführerin